



Regionsbetreuerin Ulrike Elsneg, GF Sandra Höbel und Obmann ÖKR Franz Fartek präsentierten das neue Programm der Landentwicklung in Wettmannstätten.

Zukunftsscheck für die Südweststeiermark

Unter dem Schirm der AGENDA 2030 und mit dem neuen Slogan „Das Wir für die Zukunft“ hat sich die Landentwicklung neu ausgerichtet. Jede südweststeirische Gemeinde bekommt nun einen Zukunftsscheck – und so die Möglichkeit, die neuen Angebote zu nutzen.

Bereits seit 23 Jahren ist die Landentwicklung Steiermark erster Ansprechpartner für Gemeinden, wenn es um Zukunftsentwicklung und Bürgerbeteiligung geht. Mit Geschäftsführerin Mag. Sandra Höbel hat man sich jüngst neu aufgestellt, das Team verjüngt. Jetzt werden Zukunftsideen in konkrete Konzepte, die zur Steigerung der Lebensqualität und Wirtschaftlichkeit in den Gemeinden und Regionen der Steiermark beitragen, gegossen.

Mit der Präsentation am „Kraftplatz“ von Wettmannstätten wurde dem dortigen Bürgermeister Peter Neger der Zukunftsscheck überreicht, der auch sämtlichen anderen Kommunen angeboten wird.

Vertrauenspartnerschaft

„Wir sind ein Vertrauenspartner, auf den man sich immer verlassen kann und verstehen uns als Zukunftsgestalter für die Gemeinden und Regionen unserer Steiermark. Eine

unserer großen Stärken ist, dass wir in jeder Region vor Ort aktiv sind. In unserem Team aus Experten vieler Fachrichtungen arbeiten wir bedarfsorientiert und anpassungsfähig und stellen so die beste Unterstützung für jede steirische Gemeinde sicher“, erläutert Höbel die neue inhaltliche Ausrichtung.

Wies als Pioniergemeinde

Mag. Josef Walzl, langjähriger Bürgermeister der Marktgemeinde Wies, setzt schon viele Jahre auf Bürgerbeteiligung: „Die Landentwicklung Steiermark hat uns in den letzten 15 Jahren in vier Bürgerbeteiligungsprozessen, bei vier Gemeinderatsklausuren und beim Aufbau eines Kindergemeinderates

begleitet. Das Ergebnis sind unzählige Projekte, die in enger Zusammenarbeit mit der Bevölkerung entstanden sind. Bürgerbeteiligung ist für mich die Voraussetzung für eine lebenswerte Gemeinde!“

„Kindergemeinderat, Kulturerbe sowie Ortszentrumsentwicklung sind nur einige unserer Produkte“, erläuterte Ulrike Elsneg, BSc MSc Regionsbetreuerin für die Südweststeiermark und damit auch direkt Ansprechpartnerin vor Ort. Sie deckt zusätzlich steiermarkweit weitere Bereiche wie IT und Social Media ab.

Auf der neuen Homepage www.landentwicklung-steiermark.at findet man auch mehr Informationen dazu. •

Neues Gesetz gewährleistet auch weiterhin beste Bildung und Betreuung unserer Kleinsten

In der letzten Landtagssitzung wurde eine Novelle des Steiermärkischen Anstellungserfordernissesgesetzes (StAEG) beschlossen. Damit reagiert die Steiermark auf den wachsenden Personalbedarf im Bereich der Elementarpädagogik und macht hierfür eine zusätzliche Ausbildung möglich.

„Die Behauptungen über einen Crashkurs zum Elementarpädagogen, die vonseiten einiger Oppositionsparteien in den letzten Wochen verbreitet wurden, sind falsch!“, erklären die Klubobleute der Regierungsparteien Barbara Riemer (VP) und Hannes Schwarz (SP). „Bereits seit längerer Zeit herrscht ein Mangel an Elementarpädagogen. Darauf reagieren wir nun. Wir schaffen durch die Novelle die Möglichkeit, Personen mit bestimmten fach einschlägigen pädagogischen Ausbildungen eine befristete Ausnahmegenehmigung zu erteilen, um die Aufgabe eines Pädagogen zu erfüllen. So können wir vermeiden, dass Gruppen oder gesamte Einrichtungen geschlossen werden oder aufgrund fehlenden Personals nicht in Betrieb gehen können“, betonen die Klubobleute.

Denn Fakt ist, dass aufgrund des gestiegenen Bedarfs schon seit längerer Zeit am Arbeitsmarkt ein Mangel an ausgebildeten Elementarpädagogen herrscht, der sich in der Steiermark mit Beginn des neuen Kinderbetreuungsjahres 2020/21 zugespitzt hat. „Die Bundesregierung ist gefordert, mehr Ausbildungsplätze, vor allem in Kollegform, für Elementarpädagogen anzubieten, um qualifiziertes Personal zur Verfügung stellen zu können. Wir sind den Eltern und Kindern in der Steiermark verpflichtet!“, so Riemer und Schwarz.

Personen, die für die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung infrage kommen, müssen folgende Voraussetzungen erfüllen:

- Sie müssen sich in Ausbildung zum Kindergartenpädagogen befinden.



Die Klubobleute Hannes Schwarz und Barbara Riemer räumen mit falschen Gerüchten bezüglich Elementarpädagogik-Crashkurs auf.

Foto: König

- Sie müssen mindestens zwei Semester eines Kollegs für Elementarpädagogik absolviert haben.
- Sie müssen beim Besuch der BAfEP für die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung das 18. Lebensjahr vollendet haben.
- Abschluss einer dreijährigen Fachschule für pädagogische Assistenzberufe in der Elementarpädagogik.
- Abschluss eines einschlägigen pädagogischen Studiums.

- Kinderbetreuer mit mindestens fünfjähriger Berufserfahrung.

Zusätzlich müssen die infrage kommenden Personen eine Ausbildung im Ausmaß von 30 Stunden absolvieren. Zum Einsatz kommen würden diese Personen dann, wenn Erhalter von Kinderbildungsbetreuungseinrichtungen nachweislich keine ausgebildete Person finden. •